

Erklärung zum Antrag auf Gewährung einer Förderung als De-minimis-Beihilfe nach der
Verordnung (EU) Nr. 2023/2831

Name des Unternehmens	
Anschrift	

1. Angaben zum Unternehmen

- a) Das antragstellende Unternehmen ist innerhalb der laufenden und der letzten beiden Steuerjahre aus einer Fusion oder Übernahme entstanden

☐ ja

☐ nein

- b) Das antragstellende Unternehmen ist innerhalb des laufenden und der letzten beiden Steuerjahre aus einer Unternehmensaufspaltung hervorgegangen.

☐ ja

☐ nein

2. Angaben zu bereits erhaltenen oder beantragten weiteren De-minimis-Beihilfen

☐ Über die beantragte Beihilfe hinaus wurden im laufenden sowie in den zwei vorangegangenen Steuerjahren **keine** De-minimis-Beihilfen nach De-minimis-Verordnungen gewährt.

☐ Über die beantragte Beihilfe hinaus wurden im laufenden sowie in den zwei vorangegangenen Steuerjahren **folgende** De-minimis-Beihilfen nach De-minimis-Verordnungen gewährt:

Datum Zuwendungsbescheid	Zuwendungsgeber Aktenzeichen	Form der Beihilfe (Zuschuss, Darlehen, Bürgschaft)	Fördersumme in EUR	Subventions äquivalent in EUR	Art der De- minimis- Bescheinigung

☐ Darüber hinaus habe ich als ein einziges Unternehmen in o. g. Sinne über die beantragte De-minimis-Beihilfe hinaus keine weiteren De-minimis-Beihilfen auf Grundlage einer der o. g. Verordnungen beantragt, die noch nicht gewährt wurden.

☐ Über die beantragte Beihilfe hinaus wurden folgende weitere De-minimis-Beihilfen beantragt, aber noch nicht gewährt:

Datum Antrag	Zuwendungsgeber Aktenzeichen	Form der Beihilfe (Zuschuss, Darlehen, Bürgschaft)	Fördersumme in EUR	Subventions äquivalent in EUR	Art der De- minimis- Bescheinigung

Wichtige Hinweise:

a) Die vorstehend gemachten Angaben über

- die Unternehmensverhältnisse in 1a) – c)
- die Gewährung oder die Beantragung von De-minimis-Beihilfen im Sinne dieser oder weiterer De-minimis-Verordnungen im laufenden und den vergangenen beiden Steuerjahren und deren Einzelheiten, insbesondere deren Höhe
- die Kombination der beantragten De-minimis-Beihilfe mit anderen Fördermitteln für das gleiche Projekt

sind für die Gewährung bzw. Rückforderung der Zuwendung von Bedeutung und somit subventionserheblich im Sinne von § 264 Strafgesetzbuch. Der/die Antragssteller wird/werden auf die Bestimmungen des Subventionsgesetzes vom 29.07.1976 (BGBl I 1976, 2034, 2037) hingewiesen.

Dem/den Antragsteller(n) ist bekannt, dass vorsätzlich oder leichtfertig falsche oder unvollständige Angaben sowie das vorsätzliche oder leichtfertige Unterlassen einer Mitteilung über Änderungen in diesen Angaben die Strafverfolgung wegen Subventionsbetrug (§ 264 StGB) zur Folge haben können.

Änderungen sind der beihilfegewährenden Stelle vor einer Förderzusage mitzuteilen.

Die Richtigkeit und Vollständigkeit der in der vorliegenden Erklärung gemachten Angaben wird hiermit versichert.

Datum, Unterschrift und Firmenstempel